

# NIEDERSCHRIFT HFA/0019/2016

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 06.12.2016 im  
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers

Herr Bernd Kösters

Vertretung für Herrn  
Karl-Heinz Brockamp

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Franz-Josef Schulze

Thier

Vertretung für Herrn  
Marco Lennertz  
ab TOP 1.0 nö. S.

Frau Margarete Köhler

Herr Carsten Rampe

Herr Thomas Tauber

Frau Maggie Rawe

Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

ab Verlauf zu TOP 1.0  
ö. S.

Vortragende Gäste:

Herr Stephan Metz

Allevo Kommunalbera-  
tung, zu TOP 1.0 nö.S.

Herr Frank Tigges

Allevo Kommunalbera-  
tung, zu TOP 1.0 nö.S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Lammers

Herr Hubertus Messing

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:40 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.  
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. **Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2017: hier: Erlass einer Hebesatzung**

Frau Dirks verweist auf die Vorberatung im Bezirksausschuss, der sich dem Vorschlag der Verwaltung nicht angeschlossen habe.

Herr Schlieker macht deutlich, dass die Grünen hinter dem Vorschlag der Verwaltung stünden. Wenn die Steuersätze nicht auf die fiktiven Hebesätze angehoben würden, werde die Stadt reicher gerechnet als sie ist und das führe zu negativen Auswirkungen bei der Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und der Kreis-, Jugendamts- und Solidaritätsumlage. Das sei weder nachhaltig noch ein vertrauensvoller Umgang mit Steuergeldern.

Frau Mollenhauer erklärt, dass die CDU-Fraktion bei ihrer Meinung bleibe und den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehne.

Herr Tauber legt dar, dass sich die SPD-Fraktion gegen eine Steuererhöhung ausspreche. Sie wollten die versteckte Subvention für Häuslebauer. Im Übrigen sei auch der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet für eine Steuererhöhung, weil das Land für 2017 keine Erhöhung der fiktiven Hebesätze plane. Außerdem ergebe sich bereits für die Landwirtschaft eine Mehrbelastung durch die Erhöhung bei der Grundsteuer A, wobei diese Einnahmen nur zweckgebunden eingesetzt würden. Eine weitere Steuererhöhung lehne die SPD ab. Sie erwarteten andere Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes und wollten keine Verteuerung von Eigentum in Billerbeck.

Frau Rawe verweist auf den letzten Finanzzwischenbericht. Man wisse nicht, wie weit auf die Ausgleichsrücklage zurückgegriffen werden müsse. Auf der anderen Seite handle es sich doch um eine zumutbare Mehrbelastung für die Landwirtschaft und die Hausbesitzer. Und irgendwann müssten die Steuersätze angehoben werden. Sie wolle nicht, dass diese dann immens ausfalle. Damit sei den Bürgern auch nicht geholfen.

Herr Geuking ist der Auffassung, dass es sich um einen Griff in die Tasche der kleinen Leute handle. Die Erhöhung würde auch umgelegt auf die Mieten, wodurch wiederum die Kaufkraft geschwächt werde. Er warne davor, an der Steuerschraube zu drehen, vielmehr müssten Alternativen aufgezeigt werden.

Nach weiterer Erörterung fasst der HFA folgenden

#### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Erlass einer Hebesatzung wird mit veränderten Realsteuerhebesätzen bei der Grundsteuer A auf 298 v. H. und Grundsteuer B auf 429 v. H. und einem unveränderten Hebesatz für die Gewerbesteuer von 440 v. H. beschlossen.

Die Realsteuerhebesätze werden in Zukunft mindestens auf die Höhe der fiktiven Hebesätze festgesetzt.

**Stimmabgabe:** 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

**2. Anregung gem. § 24 GO NRW vom 10.06.2016**

**hier: Gründung einer Lenkungsgruppe Innovation und Zukunft**

Herr Geuking weist darauf hin, dass in der Verwaltungsvorlage auf die Bildung von Ausschüssen nach § 57 GO NW Bezug genommen wird. Der § 57 GO NW greife hier aber nicht, weil es ihm um die Bildung von Beiräten bzw. einer Lenkungsgruppe gehe. Er stütze seinen Vorschlag auf den § 113 der GO NW.

Herr Tauber entgegnet, dass ein Beirat maximal beratend tätig werden könne. Die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage seien eindeutig. Handlungs- und verhandlungsberechtigt sei allein die Bürgermeisterin. Die SPD-Fraktion lehne die Anregung der Familienpartei ab.

Herr Geuking verweist auf die Begründung. Gemeint sei ein Beirat, der dem Rat zuarbeite. Ihm gehe es darum, die Parteien mit ins Boot und damit in die Verantwortung zu holen. Der Beirat sollte aktiv tätig werden können, damit Investoren nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, verschreckt werden.

Herr Tauber erwidert, dass die Ratsmitglieder in der Verantwortung stünden und diese auch mit jedem hier gefassten Beschluss übernehmen. Es sei nicht erforderlich, einen weiteren Beirat vorzuschalten. Der Auftrag Verhandlungen z. B. mit Rossmann zu führen, liege bei der Bürgermeisterin.

Frau Mollenhauer konstatiert, dass die in der Anregung angesprochene Problematik durchaus vorhanden sei, diese aber mit dem in der Anregung formulierten Vorschlag nicht ausgeräumt werden können. Es sei nicht sinnvoll, neue Gremien zu installieren, die keine Entscheidungs- oder Handlungskompetenz haben. Die Gemeindeordnung dürfe nicht ausgehebelt werden.

Es gebe bereits Ausschüsse mit weitreichenden Kompetenzen, so Herr Schlieker, ein weiteres Gremium werde nicht benötigt und würde außerdem zusätzlichen Aufwand bedeuten.

Herr Dr. Meyring macht deutlich, dass er der Anregung nicht zustimmen könne.

Der HFA fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Den Beschlussvorschlägen 1 bis 4 der Bürgeranregung gem. § 24 wird nicht gefolgt. Das Ergebnis der Beratung ist der Familienpartei mitzuteilen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

### **3. Mitteilungen**

#### **3.1. Personalwechsel im Rathaus - Herr Messing**

Herr Messing teilt mit, dass Herr Rolf Schmiedel mit Ablauf des Monats Dezember 2016 aus dem Dienst der Stadt Billerbeck ausscheide. Die Stelle sei nach einer Ausschreibung zum 1. Dezember 2016 mit Frau Marion Kessens neu besetzt worden.

#### **3.2. Änderung des Sitzungskalenders - Frau Lammers**

Frau Lammers teilt mit, dass am 17. Januar 2017 eine Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft stattfinden müsse.

### **4. Anfragen**

#### **4.1. Schnelles Internet - Herr Geuking**

Herr Geuking erkundigt sich, wie weit es mit dem schnellen Internet in Billerbeck sei.

Frau Dirks informiert, dass die Telekom im Stadtgebiet den Ausbau der Vectoring-Technik weitgehend abgeschlossen habe.

In den Gewerbegebieten Friethöfer Kamp und Hamern werde derzeit noch die Nachfragebündelung durchgeführt, die aber schwierig sei, weil viele Betriebe mit dem jetzigen Angebot zufrieden seien.

Als nächstes werde der Außenbereich angegangen. Hier soll sowohl die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden als auch mit weiteren Anbietern angegangen werden, wenn entsprechende Backbones vorhanden seien. Hierüber werde aber in einer der nächsten Sitzungen noch berichtet.

#### **4.2. Probleme mit der Telekom - Herr Geuking**

Herr Geuking fragt nach, ob der Verwaltung Probleme mit der Technik und dem Service der Telekom bekannt seien. Offenbar seien zahlreiche Bürger betroffen.

Herr Tauber bestätigt, dass er auch massive Probleme habe. Die Auskünfte und Hilfestellung der Telekom seien absolut unbefriedigend.

Frau Dirks sagt Klärung zu. Sie habe hiervon bisher nichts gehört.

#### **4.3. Sinkende Rendite für Strom- und Gasleitungen - Frau Rawe**

Frau Rawe bezieht sich auf einen Zeitungsartikel, wonach die Renditen für Strom- und Gasleitungen ab 1918/19 sinken sollen. Sie gehe davon aus, hierüber in der eben angekündigten zusätzlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung am 17.01.2017 etwas zu hören.

Frau Lammers teilt mit, dass ihr der Artikel bekannt sei und sie hierüber mit Herrn Brück von Oertzen bei der nächsten Zusammenkunft sprechen werde.

#### **4.4. Themen aus der Bürgermeisterkonferenz - Frau Rawe**

Frau Rawe führt an, dass sie im Radio gehört habe, dass die Bürgermeister in ihrer Konferenz besprochen hätten, mehr Wohngebiete auszuweisen und sich die Kommunen im Kreis hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung nicht gegenseitig die Kinder wegnehmen wollen. Sie bittet Frau Dirks in der Ratssitzung über die Ergebnisse der Bürgermeisterkonferenz zu berichten.

#### **4.5. Regenrückhaltebecken Berkelaue - Frau Rawe**

Frau Rawe erkundigt sich nach dem Sachverhalt bzgl. der ohne Genehmigung ausgehobenen Mulde in der Berkelaue im Bereich Wüllen II.

Frau Dirks verweist auf die Darstellung von Herrn Hein, wonach die Maßnahme mit den zuständigen Behörden abgestimmt war, es aber noch keine schriftliche Genehmigung gebe. Herr Hein habe ihr gegenüber erläutert, dass er zügig vorankommen wollte. Mehr könne sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Frau Rawe bittet um Berichterstattung im Rat. Jedem Bürger werde untersagt, ohne Genehmigung loszulegen. Auch sei der zuständige Ausschuss hierüber nicht informiert worden. Sie hätte sich gewünscht, heute von der Bürgermeisterin Näheres zu erfahren. Die Bürger hätten ein Recht mehr zu erfahren. Das gehe so nicht. Sie erwarte eine Entschuldigung von Herrn Hein gegenüber der Bevölkerung.

Frau Dirks gibt Frau Rawe Recht und sagt zu, Bericht zu erstatten.

#### **4.6. Stromkästen beim Weihnachtsmarkt - Herr Rampe**

Herr Rampe macht darauf aufmerksam, dass die beim Weihnachtsmarkt aufgestellten Stromkästen tlw. abgängig seien, weil z. B. Kabel lose her-

aushingen. Das sei besonders für Kinder gefährlich, weil die Schränke unverschlossen seien. Er bitte um Überprüfung aller Stromkästen.

Herr Messing weist darauf hin, dass beim Weihnachtsmarkt sowohl städt. als auch angemietete Stromkästen aufgestellt worden seien. Die städt. Schränke seien in Ordnung und würden auch verschlossen.

Frau Dirks sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

#### **4.7. Abräumen von Wiesengräbern - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer bezieht sich auf einen Presseartikel, in dem der richtige Umgang mit Wiesengräbern beschrieben wurde. Ihr sei von einer aufgeregten Bürgerin berichtet worden, dass nach einer Bestattung am 10.11.2016 das frische Wiesengrab bereits am 18.11.2016 abgeräumt wurde. So etwas dürfe doch nicht passieren.

Frau Dirks weist darauf hin, dass lt. Satzung auf einem Wiesengrab grundsätzlich nichts abgelegt werden dürfe. Den Angehörigen werde aber für eine gewisse Zeit nach der Beerdigung das Ablegen von Gegenständen auf dem Wiesengrab zugestanden. Nach dieser Zeit werde das Grab abgeräumt. Oft seien den Bürgern die Folgen einer Bestattung in einem Wiesengrab nicht bewusst.

Herr Messing teilt mit, dass der konkrete Fall auch an die Verwaltung herangetragen wurde. Ein Kommunikationsfehler bei der ausführenden Firma habe dazu geführt, dass vorzeitig abgeräumt wurde. Der Unternehmer habe sich bei der Familie entschuldigt und dafür gesorgt, dass die Gestecke wieder aufgestellt wurden.

#### **4.8. Neubau an der Osterwicker Straße - Herr Kösters**

Auf Nachfrage von Herrn Kösters, ob es mit dem städt. Neubau an der Osterwicker Straße Probleme gebe, weil tief ausgebaggert wurde und tlw. die Kreuzung gesperrt war, teilt Herr Mollenhauer mit, dass es Probleme aufgrund des hohen Grundwasserstandes gegeben habe. Tiefer ausgeschachtet worden sei aber nicht. In den Fahrbahnbereich der Kreuzung sei eingegriffen worden, weil eine Hausanschlussleitung verlegt werden musste. Ansonsten laufe alles nach Plan.

#### **4.9. Citymanager - Herr Geuking**

Herr Geuking fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, das Wirken des Citymanagers aufgelistet zu bekommen.

Es sei geplant, dass der Citymanager in einem der nächsten Ausschüsse über seine Arbeit berichtet, so Frau Dirks.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin